

## Gorleben - Proteste gegen Castor-Probebehältertransport

Blockaden am Verladekran und auf der Transportstrecke



Am Castor-Verladekran im wendländischen Dannenberg stellten sich am 9. Mai ab 9 Uhr morgens Atomkraftgegner gegen den Transport eines neuen Castor-Probebehälters nach Gorleben quer. Die Kreuzung am Verladekran wurde zusätzlich durch das Abstellen von Fahrzeugen der Demonstranten unpassierbar. Sie forderten aus Sicherheitsgründen die sofortige Aufgabe der Gorlebener Atomanlagen.

Auf der wendländischen Castortransportstrecke zwischen Verladekran in Dannenberg und dem Zwischenlager in Gorleben kam es dann den ganzen Vormittag über immer wieder zu Blockaden dieses Probe-Castortransportes. Der Transport wurde von über 100 Atomkraftgegnern an 8 verschiedenen Orten behindert. Durch Sitzblockaden, das Abstellen von Fahr-

zeugen und einem Trecker auf der Fahrbahn verlängerte sich die Fahrzeit der Kolonne von einer halben Stunde auf einen halben Tag. Die Bürgerinitiative Umweltschutz ist erfreut über den spontan geäußerten Protest, der auch an einem Werktag und ohne Vorlaufzeit unüberhörbar stattfand.

### Blockaden verzögerten den Transport...

Der Protest richtete sich im Kern gegen die Pläne, den Gorlebener Salzstock trotz jahrzehntelanger wissenschaftlicher Warnungen durch die Vorbereitung weiterer Atommüllfuhren als Endlager zu zementieren. Castortransporte in die oberirdische Zwischenlagerhalle in Gorleben sind überflüssig und bedeuten eine Vorfestlegung auf den Standort. Dabei ist seit Jahrzehnten bekannt, dass der Gorlebener Salzstock mit seinem Grundwasserkontakt ein Atommüllklo mit Spülung nach oben wäre. Viele Menschen im Wendland lassen sich diesen unverantwortlichen atomaren Irrsinn nicht bieten und verlangen Gorleben endlich stillzulegen und keinen weiteren Atommüll mehr zu produzieren.

### Die neuen Behältertypen

Der angelieferte französische Behältertyp „TN85“ unterscheidet sich erheblich von den bisherigen Castoren, bei denen Kunststoffstäbe als Abschirmung gegen Neutronenstrahlung in der Behälterwand integriert sind. Da dieser hingegen nur eine äußere Abschirmung vorweisen kann, ist die lückenlose Abschirmung von Neutronen- als auch Gammastrahlung vor allem im Deckelbereich in Frage gestellt:

„Mit der Einlagerung dieses Behältertyps ist das Gutachten der Reaktorsicherheitskommission (RSK) zum Kerosinbrand bei einem Flugzeugabsturz auf die Zwischenlagerhalle aufgrund falscher Voraussetzungen hinfällig. Bei der Berechnung des Brandverlaufs in der Halle, hat man die Wärmekapazität des Metalls bei einem

anderen Behältertyp, nämlich dem „HAW 20/28“ zu Grunde gelegt. Beim TN 85 wird jedoch der Abbrand des Kunststoffes außerhalb der Behälterwand die Temperaturentwicklung entscheidend beeinflussen. Der TN 85 mit dem äußeren Kunststoff als zusätzliches Brandpotential kann im Katastrophenfall wohl als Atommüllfackel bezeichnet werden“, fasst der BI-Sprecher zusammen.

Hintergrund zum Probe-Castor ohne Atommüll: Es scheint Sicherheitsprobleme beim Bau des neuen Castortyps (HAW 28 M) zu geben. Dieser sollte ursprünglich 2006 eine verkehrsrechtliche Zulassung bekommen und in diesem Jahr mit heißem Müll von La Hague nach Gorleben rollen. Der Transport mit heißem Müll ist abgesagt. Der exakte Stand der Dinge zum Behälter wird der Öffentlichkeit bislang trotz Anfragen bei Genehmigungsbehörden verschwiegen.

### ... auch deswegen Bundesweite

### Endlagerdemo am 1. Sep. im Wendland

Seit Jahren ist den Betreibern der Atomkraftwerke bekannt, dass wegen erhöhten Abbrands der Brennelemente und der daraus resultieren höheren Wärme des Atommülls ein Behälter entwickelt werden muss, der diese Temperaturen aushält und die enorme Gamma- und Neutronenstrahlung abschirmt.

Die Wärmeleistung erhöht sich von 45 kW auf enorme 56 kW. **Etwa eine Minute Aufenthalt in 1 m Entfernung von einem ungeschirmten Castor würde beim Menschen eine tödliche Dosis verursachen.** Das Gesamtinventar eines Behälters entspricht etwa 20% der bei der Tschernobylkatastrophe freigesetzten Strahlung.

Francis Althoff

## Inhalt

- S. 1 Gorleben - Proteste gegen Castor-Probebehältertransport
- S. 2 Gabriel will Atomklo Konrad schnell bauen
- S. 3 Auf zur Bundesweiten Endlagerdemo am 1. Sept. im Wendland! Gronauer Uranmüll macht Ärger in Finnland
- S. 4 Konvoi nach Wichmannsdorf Guantanamo in Rostock
- S. 5 Pressemitteilung des RAV Konvoi für Camp Wichmannsdorf, RAV
- S. 6 Das Problem Weltraummüll
- S. 7 Sommercamp im Wendland Schmerzensgeld für brutalen Polizeiübergriff
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summieren sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

# Gabriel will Atomklo Konrad schnell bauen

**Umweltminister besucht Endlagerstandort – Atomgegner lehnen  
Gesprächsangebot dankend ab**

**Die Atommüllkippe im Schacht Konrad soll nach Plänen der Bundesregierung schon 2013 in Betrieb gehen.**

Als Skelette verkleidete und mit gelben Sonnenschirmen bewehrte Demonstranten empfangen den Minister bereits auf der Zufahrtstraße. Weil ein quer gestellter Trecker den Weg versperrte, musste Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die letzten 100 Meter zum Schacht Konrad sogar zu Fuß gehen. Umweltschützer nutzten den hohen Besuch aus Berlin am Montag-nachmittag zum Protest gegen das geplante Atommüllendlager.



Ein von Gabriel angebotenes Gespräch haben die Atomkraftgegner abgelehnt – hatte der Minister doch schon vorher verkündet, dass aus seiner Sicht dem Bau des Endlagers nichts mehr im Wege steht. »Wir sind doch nicht die Manövrierkasse ministerieller Öffentlichkeitsarbeit«, empörte sich der Landwirt Ludwig Wasmus aus Salzgitter-Bleckenstedt.

Das Bündnis „Salzgitter gegen Konrad“, in dem Parteien, Naturschutzverbände, Gewerkschafter und Kirchengruppen mitarbeiten, hat Gabriel die Absage in einem Offenen Brief mitgeteilt. Statt Vorabfestlegungen auf ein Endlager Konrad fordert das Bündnis eine breite Diskussion über Konzepte zur Endlagerung und ein offenes Verfahren zur Standortsuche: „Wir lehnen den sofortigen Umbau von Konrad zu einem Endlager weiterhin entschieden ab und werden das unsrige dazu beitragen, diese Maßnahme zu verhindern“, erklärt das Bündnis kämpferisch.

Gabriel zeigte sich von den Protesten wenig beeindruckt. „Wir setzen das jetzt um“, sagt er. Nach Ansicht des Ministers gehen von dem künftigen Endlager keine Gefahren aus. Konrad sei ein ehemaliges Eisenerzbergwerk und kein Salzstock. Für die Einlagerung gebe es immer bessere Methoden. Die schwach- und mittelradioaktiven Stoffe würden extrem verdichtet. Bis 2009 sollen die Planungen auf den neuesten Stand gebracht und die Milliardenaufträge für den Ausbau EU-weit ausgeschrieben werden. Danach werde der Schacht unter Tage zur Atommüllstätte hergerichtet. Vor 2013 werde es aber keine Einlagerung geben, und auch die Mengenprognose könne nach unten korrigiert werden.

Als Zuckerl für die betroffene Region Salzgitter kündigte Gabriel einen Fonds an, der Projekte im Bereich Infrastruktur und Touristik finanziell fördern soll. Auch die AKW-Betreiber als Hauptverursacher des Mülls würden hier Geld einzahlen. Ein Kuhhandel solle das nicht sein: „Wir geben das Geld nicht, damit die Betroffenen ruhig sind.“

In direkter Nähe des Schachtgeländes will der Bund eine Informationsstelle einrichten. Die Öffentlichkeit werde regelmäßig über den Stand der Dinge unterrichtet, versprach der Minister. Das solle auch in Schulen, Betrieben und Fußgängerzonen umgesetzt werden.

Als Jugendlicher hatte Gabriel gegen ein Endlager Konrad protestiert, auch als Politiker war er lange Zeit dagegen. Erst vor wenigen Wochen ist der Minister auf einen Pro-Konrad-Kurs umgeschwenkt. Anfang April hatte das Bundesverwaltungsgericht nämlich entschieden, dass das Endlager Konrad gebaut werden kann. In dem früheren Eisenerzbergwerk, das nach dem Reichstagsabgeordneten und Ex-Salzgitter-AG-Chef Konrad Ende benannt ist, sollen laut Genehmigungsbescheid bis zu 303 000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle aufbewahrt werden. Sie stammen aus Kernkraftwerken, Sammelstellen, Kliniken und Forschungsinstituten. Für stark strahlenden Müll wie abgebrannte AKW-Brennstäbe wurde Schacht Konrad nicht zugelassen.

Während für Minister Gabriel die Auseinandersetzung mit dem Berliner Richterspruch abgeschlossen ist, halten es die Atomgegner noch längst nicht für ausgemacht, dass Schacht Konrad zur Atommülldeponie wird. Nach dem Landwirt und Konrad-Kläger Walter Traube hat auch die Stadt Salzgitter Verfassungsbeschwerden eingereicht.

Neben der juristischen Option setzen die Kritiker jetzt aber vor allem auf den Druck der Straße. Am 13. Oktober soll es eine bundesweite Demonstration am Schacht Konrad geben. Am Montagnachmittag verabschiedeten die AKW-Gegner Gabriel mit einer Mahnwache.

Neuen politischen Aufwind für ihre Argumente erhoffen sich die Konrad-Gegner vom täglich größer werdenden Desaster um das nahe gelegene „Versuchsendlager“ Asse II. „Das eine Fass wird nicht dicht, und gleich nebenan wird ein zweites aufgemacht“, kritisieren die IG-Metaller Wolfgang Räsche und Ina Biethan für das Bündnis „Salzgitter gegen Konrad“.

Gestern sorgten neue Meldungen für Unruhe, nach denen gar nicht klar ist, wie viel Atomschrott überhaupt in dem früheren Salzbergwerk Asse lagert.

Bei seinen Recherchen zu dem radioaktiven Inventar ist das Göttinger Anti-Atom-Plenum auf stark voneinander abweichende Angaben gestoßen.

Reimar Paul (erschieden in ND)

# Auf zur Bundesweiten Endlagerdemo am 1. Sept. im Wendland!

## Demonstration in Gorleben ab 12 Uhr in Gedelitz

Am 1. September werden wir zum Anti-Kriegs-Tag ein deutliches Zeichen gegen die Endlagermisere und für den Sofortausstieg, Atomwaffenverschrottung und Erneuerbare Energien setzen. Der bunte Zug setzt sich um 12 Uhr ab Gedelitz in Bewegung. Um 13 Uhr beginnt die Kundgebung mit anschließender Überraschungs-Band an den Gorlebener Atomanlagen. Ab 15 Uhr beginnt der „Generation Move“ mit vielfältigem Kulturprogramm bis in den späten Abend. - Gorleben ist überall!

## Der Staffelnstab wird weitergegeben

Vom Kaffeekekuchen bis zum fetten Sound-System: am 01. September wollen wir gemeinsam mit dir den seit über 30 Jahren lebendigen Protest gegen die Atomanlagen in Gorleben feiern.

Ein Großteil der heute aktiven Atomkraftgegner war schon im Kinderwagen bei den Demos dabei. Nun nimmt die Jugend die Fackel auf, um der Atomlobby Feuer unter dem Hintern zu machen: Mit einem gewitzten Staffellauf von Alt bis Jung, mit Aktionen für Generationen, mit Veranstaltungen gegen die Endlagerpläne, mit Live-Musik, Disko, Kultur, lecker Essen und Trinken. Ein Teil des Programms steht schon fest, fast jeden Tag kommen weitere Ideen dazu. Los geht's um 15.00 Uhr mit dem Generationen-Staffellauf, das Ende ist in den frühen Sonntagmorgensstunden mit dem Sound System Rockers Train.

## Hier das Programm, wie es bisher steht:

- 15:00, Staffellauf
- 15:30, Crash-Course Tropfsteinhöhle Gorleben
- 15:45, Talk von der Ini 60 bis zur Schülerdemo
- 16:10, Entertainment für Kids
- 16.40, Generationenchor, Lieder für das Leben
- 17:00, Crash-Course Tropfsteinhöhle Gorleben
- 17:15, Enlagerprobleme? Was tun? J. Stay
- 18:00, Variete, Zauberer, Clowns & Akrobaten
- 19:45, Crash-Course Tropfsteinhöhle Gorleben
- 20:00, Rico Loop, "one-man-worldmusic"
- 21:30, Top-Act, noch geheim
- 23:00, Rockers train, Sound-System aus Berlin



# Gronauer Uranmüll macht Ärger in Finnland

## Ein kritischer TV-Bericht im finnischen Fernsehen zum Uranmüllexport von Gronau nach Russland schlug gestern wie eine Bombe ein.

Während das niederländische Uranschiff MV Doggerbank, das am Freitag Rotterdam mit rund 1000 t abgereichertem Uran aus Gronau Richtung St. Petersburg verlassen hat, heute Helsinki passiert, forderte der finnische Premierminister als Reaktion auf den 30-minütigen Film einen Bericht über die Transporte von radioaktivem Material durch den Finnischen Meerbusen an. Damit tut sich für den Gronauer Urananreicherer Urenco eine potenziell neue Front auf. Gleichzeitig wurde bekannt, dass Bundesumweltminister Gabriel wegen des Uranmüll-exports einem Treffen mit russischen AtomkraftgegnerInnen in Moskau zugestimmt hat.

Die Zeiten, wo der Uranmüll kurz hinter der deutsch-niederländischen Grenze auf dem Weg zum Rotterdamer Hafen im Nirvana verschwand, sind längst vorbei. Und der Widerstand trägt Früchte: So wurde das finnische Fernsehen im April auf die Urantransporte aufmerksam, die von Rotterdam zwischen Dänemark/Norwegen, Dänemark/Schweden und Finnland/Estland nach Russland fahren. Ein TV-Team kam Ende April nach Almelo/NL, um die Urenco und AtomkraftgegnerInnen aus Russland, den Niederlanden und Deutschland zu interviewen. Jetzt führt der Film offensichtlich zu ersten politischen Konsequenzen, die der Urenco und ihren deutschen Anteilseignern EON/RWE potenziell schweren Schaden zufügen können (und das im eigentlich sehr atomfreundlichen Finnland).

Dies ist nicht der erste Rückschlag für die deutsche Atomindustrie in Finnland in letzter Zeit. So weigerte sich letzte Woche die finn. Gemeinde Loviisa an EON ein Grundstück für den Bau des 6. finn. AKWs zu verkaufen, nun sorgen die ständigen Uranmüllfahrten per Schiff in

Helsinki für Wirbel. Über den aktuellen Stand des Uranschiffs informiert unsere Webseite (dort auch Fotos von den Aktionen und der Verladung in Rotterdam).

Selbst Umwelt-Erzengel Gabriel muss sich nun mit dem Thema beschäftigen. Er traf letzte Woche bei einer UN-Konferenz in New York unvermutet auf Ecodefense-Mitglieder aus Moskau. Sofort wurde er auf den Uranmüllexport von Gronau nach Russland angesprochen. Gabriel gab immerhin zu, dass die Transporte ein Problem seien, meinte jedoch, alles sei legal. Schließlich versprach Gabriel, sich bei seinem nächsten Moskau-Besuch mit Ecodefense zu diesem Thema zu treffen - daran sollte er auf jeden Fall erinnert werden.

Auf juristischer Ebene ist Ecodefense diese Woche ebenfalls wieder tätig geworden. Nach einer netten Aktion von russischen, niederländischen und deutschen AtomkraftgegnerInnen zum Auftakt einer Urenco-Fachtagung in Almelo, reichte Ecodefense auch in den Niederlanden Strafanzeige gegen die Urenco ein, wegen des Verdachts auf illegalen Atommüllexport nach Russland. Eine ähnliche Anzeige läuft schon seit November 2006 in Münster. Im Februar konnte die Einstellung des Verfahrens aufgrund starker öffentlicher Proteste vorerst verhindert werden.

## Deswegen:

**Überlegt euch schon jetzt, wie und wo ihr beim nächsten Urantransport von Gronau beim Widerstand mitmachen könnt.**

**Die Dinge sind in Bewegung geraten**

**- geben wir dem Uranmüllexport den letzten Stoß!**  
**Urantransporte stoppen**

**- Urananreicherungsanlagen stilllegen!**

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. - Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

## Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

## Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

SOFA Münster 15.05.2007

# Konvoi nach Wichmannsdorf ...

**Nach monatelangen Vorbereitungen eines G8 Camps war es nun soweit. Am 29.5.07 fuhr unser Konvoi morgens mit 15 Fahrzeugen, voll mit Equipment für ein Camp los. Wir hatten ca. 40 alte Fahrräder dabei, welche vorher über Spendenaufrufe gesammelt wurden, um eine bessere Flexibilität im Raum Heiligendamm zu ermöglichen. Nach vielen Stunden langsamer Anreise wurden wir um ca. 16.30 Uhr in einer wilden Kamikazeaktion von einer Hundertschaft der Polizei an einem Bahnübergang bei Teschow gestoppt. Dabei kam unser Führungsfahrzeug unter der Bahnschranke zu stehen, so**

dass bei jeder Zugdurchfahrt die Schranke auf den LKW knallte. Nach einigem hin- und her tauchte ein Verantwortlicher auf und erklärte: Es ist also folgendes, wir haben begründete Hinweise darauf, dass es, sowohl in Niedersachsen als auch in Sachsen - Anhalt, Mecklenburg - Vorpommern und anderen Bundesländern reichlich gestohlene Fahrräder vorhanden sind. Deshalb werden alle Personendaten aufgenommen, sowie Fahrzeuge durchsucht und alle Fahrräder überprüft. Diese Maßnahme beginnt jetzt.

Wir haben uns erst mal totgelacht darüber, was ihnen diesmal eingefallen ist als Begründung für eine Konvoidurchsuchung und vor allem für die Überprüfung aller Personendaten. Offensichtlich ist ihnen nix besseres eingefallen und selbst der zuständige Gruppenleiter mußte sich ein Lachen mühsam verkneifen. Aber dann haben sie, mittlerweile verstärkt durch mehrere weitere Hundertschaften aus Hannover losgelegt. Nachdem wir also alle pauschal des Fahrrad-diebstahls, bzw. des Transportes jener beschuldigt wurden, sollten alle Personendaten aufgenommen werden. Der Versuch dies zu verweigern wurde durch die Zustellung von „persönlichen BeamtInnen“, welche einem dann die Kleider durchsuchten, unterbunden. Auch lautstarke Beschwerden und Proteste interessierte sie natürlich nicht. Klar, es ging ja auch gar nicht um die Fahrräder.

Sie haben dann für die Überprüfung der Fahrräder über 4 Std. gebraucht. Es ist doch schwierig wenn man keine Zahlen lesen kann und nicht weiß wo sich an so einem Fahrrad die Fahrgestellnummern befinden. Mittlerweile hatten wir unsere Camp - Anmelderin sowie unseren Anwalt über die Maßnahme informiert. Später kam ein RA von vor Ort zu uns und blieb

bis kurz vor Abschluß der Maßnahme. Mittlerweile tauchten auch die ersten UnterstützerInnen auf um uns den Rücken zu stärken. Es ist anzumerken, dass in der ersten Stunde, als der Verkehr noch nicht umgeleitet wurde, alle Touristen beladen mit Fahrrädern, völlig unkontrolliert an uns vorbeifuhren. Das waren mindestens 50 „geklaute“ Fahrräder die den Grünen entgangen sind. Endlich, nach fast 5 Stunden hatten sie es geschafft alle Fahrräder zu sichten und ihre Maßnahme beendet. Es gab mehrere Beschlagnahmen, aber letztendlich nur 2 Fahrräder die als „angeblich gestohlen“ definiert wurden. Da es nun schon dunkelte und sie sich wohl Sorgen machten, ob wir zu unserem Platz finden, wurden wir durch eine Göppinger Hundertschaft bis zu unserem anvisierten Platz bei Wichmannsdorf begleitet. Da diese Jüngelchen über keinerlei Ortskenntnis verfügten und miserable Karten hatten, mussten wir ihnen helfen, den Weg dahin zu finden. An unserem Platz angekommen wurden wir in einem Zelt mit warmen Essen aus der Vokü Rostock begrüßt und versorgt. Am nächsten Tag begann unser Aufbau - etwas später als geplant. Ein witziges Kurzvideo dazu ist in [www.g8-tv.org](http://www.g8-tv.org) mit dem Titel "Fahrraddiebe" zu sehen. Inge



## Guantanamo in Rostock

**AKW-Gegner aus dem Wendland wurden bei G 8-Protesten von der Polizei offenbar gezielt präventiv festgenommen. Sprecherin der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg berichtet von Schikanen im provisorischen Gefängnis aus Drahtkäfigen**

Mittwochmorgen, elf Uhr, ein Autobahnparkplatz kurz vor Rostock. Die Polizei winkt Autos zur Seite. Auffallend viele haben das Kennzeichen DAN für Dannenberg. Rund 25 AKW-Gegner waren am frühen Morgen im Wendland aufgebrochen und auf dem Weg zu einer angemeldeten Kundgebung, sagt die Vorsitzende der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Kerstin Rudek.

An der Polizeisperre aus quer gestellten Mannschaftswagen ist die Reise zu Ende. Gemeinsam mit rund 80 anderen Demonstranten werden die Atomkraftgegner festgenommen, ihre Wagen sichergestellt. "Wir durften weder aussteigen noch auf das vorhandene Dixi-Klo, nicht telefonieren und nicht rauchen", sagt Rudek. Bei Nichtbefolgen hätten Beamte mit Gewalt gedroht. "Uns wurde unterstellt, wir würden solche polizeilichen Maßnahmen ja wohl zur Genüge kennen,

wir aus Lüchow-Dannenberg."

Die Gefangenen seien mit Plastikfesseln an den Händen zunächst in eine Wagenburg der Polizei und von dort am frühen Nachmittag in Bussen in Käfige in der Gefangensammelstelle (Gesa) in der Rostocker Industriestraße gebracht worden. Rudek, die einen Käfig mit 19 weiteren Frauen teilte, berichtet von Polizeifotos und immer neuen Leibesvisitationen, "beim dritten Mal mit Abtasten im Schritt und der Brüste, widerlich". Alle Gefangenen hätten Nummern bekommen, "ich hatte die 238".

Erst rund vier Stunden nach der Festnahme durfte die BI-Frau telefonisch die Betreuung ihrer Kinder organisieren und über das "Legal Team" der Demo-Organisatoren einen Rechtsanwalt verständigen. Bis zu ihrer Freilassung am späten Abend seien aber keine Anwälte von der Polizei zu den Gorlebener Gefangenen durchgelassen worden. Stattdessen Schikanen: "Toiletgänge, Telefonate, Essen, später dann sogar Rauchen im Außenkäfig wurden protokolliert und musste meist stundenlang vorher angemeldet werden."

Nachdem einige Frauen auf Beschluss eines Haftrichters freigekommen seien, habe die Polizei

am späten Abend von sich aus weitere Gefangene freigelassen. Als Auflage gab es Platzverweise für das Stadtgebiet Rostock und den Landkreis Bad Doberan. Dass Rudek Karten für das Grönemeyer-Konzert in der Tasche hatte, habe die Beamten nicht beeindruckt.

Rudek berichtet auch von einer jungen Frau, die bereits seit dem Vortag im Rostocker Käfig-Knast eingesperrt gewesen sei. "Sie war in einem Reisebus zu einer Kundgebung unterwegs, der komplette Bus wurde hops genommen und in die Gesa verfrachtet." Der Frau sei Vermummung vorgeworfen worden, weil sie einen Schal um den Hals getragen habe. "Sie war noch nicht frei, als ich gegen 22.30 Uhr die Käfigzelle verlassen konnte. In der Zwischenzeit erfuhr sie vom Anwaltsteam, dass das Landgericht ihre Freilassung bereits um 14 Uhr angeordnet hatte."

Was ihr selbst vorgeworfen wird, konnte Kerstin Rudek bis heute nicht in Erfahrung bringen. Polizisten hätten im Zusammenhang mit einer möglicherweise geplanten Autobahnblockade wahlweise von Nötigung, schwerem Eingriff in den Straßenverkehr und kollektivem Landfriedensbruch gesprochen.

Reimar Paul

# Pressemitteilung des anwaltlichen Notdienstes des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV)

**Anwaltlicher Notdienst/Legal Team ist erschrocken über das Ausmaß polizeilicher Übergriffe während des G8 und fordert die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses**

Bei der Auswertung der Ereignisse während des G8 Gipfels in Heiligendamm, Rostock und Umgebung stellte der Anwaltliche Notdienst des RAV eine Vielzahl

dokumentierter polizeilicher Übergriffe fest. Deren Bandbreite reicht von Misshandlungen bei der Festnahme über Tötungsandrohungen bis hin zu sexistischen Äußerungen und Übergriffen durch PolizeibeamtInnen.

**Im folgenden nur einige der gravierendsten Beispiele:**

Einem Ingewahrsamgenommenen wurde bei der Festnahme ein T-Shirt über den Kopf gezogen und im Nacken verknötet, so daß er nicht mehr sehen konnte. Er wurde gefesselt und mehrmals mit dem Kopf auf den Boden geschlagen.

Eine Vielzahl von Menschen wurde bei der Festnahme geschlagen und verletzt und ohne ärztliche Versorgung ingewahrsam genommen.

Einem Clown wurde grundlos eine ca. 30cm große Gasflasche ins Gesicht geschlagen. Clowns wurden gezwungen Wasser aus ihren Wasserpistolen zu trinken.

Festgenommenen wurden in den Gefängniszellen, neben der Unterbringung in Käfigen Medikamente und Hilfsmittel wie z.B. Asthmaspray und Brillen abgenommen. Mehr als 50 Personen waren über einen Zeitraum 11 Stunden mit Kabelbindern mit den Händen auf dem Rücken gefesselt.

Mindestens drei Betroffene wurden nach der Ingewahrsamnahme oder während Demonstrationen geschlagen, in hilflose Lagen versetzt und mit dem Tode bedroht. In jedem Fall wurde eine - wenn dann Logik - eröffnet und bei Nichtaussage oder Weiterprotestieren die Tötung durch Polizeibeamte angedroht. In einem Fall wurde auch das Verschwindenlassen angekündigt.

Bei Kontrollen an einer S-Bahn Station nahe dem Camp Rostock Fischereihafen griffen Polizeibeamte Frauen in den Schritt und machten dabei anstößige Geräusche. Darüber hinaus mussten sich mehrere Frauen bei Kontrollen vor männlichen Beamten ausziehen.

Der anwaltliche Notdienst ist erschrocken über eine derartige Praxis der Polizei und die Vielzahl und Vehemenz der Übergriffe und fordert die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Übergriffe. „Diese Vorfälle sind in ihrer Gesamtheit erschreckend und beängstigend zugleich, insbesondere in einem Staat, der für sich in Anspruch nimmt, ein rechtsstaatlicher zu sein. Um dieser Willkür Einhalt zu gebieten, müssen sämtliche PolizeibeamtInnen offen eine Dienstnummer tragen, um Schwarze Schafe zur Verantwortung ziehen zu können“ sagt Dirk Audörsch einer der Anwälte des Legal Teams.

Eine brutale Praxis wie diese lässt sich u.a. dadurch erklären, dass PolitikerInnen schon im Vorfeld des G8 die pauschale Stigmatisierung und Kriminalisierung der Protestbewegung betrieben haben. Diese Feindbildschaffung sowie die, in Zusammenhang damit, auf Eskalation angelegte Polizeistrategie machten es den Beamten möglich protestierende Menschen als Objekte zu betrachten und Übergriffe als normales und geduldetes Vorgehen anzusehen. Das ist durch nichts zu entschuldigen und nicht hinnehmbar.

RAV



## Konvoi für Camp Wichmannsdorf von der Polizei aufgehalten und durchsucht

**Pressemitteilung - 29. Mai 2007 RAV  
Konvoi für Camp Wichmannsdorf von der Polizei aufgehalten und durchsucht**

Auf dem Weg zum Campgelände der 10-Tage-Demonstration in Wichmannsdorf ist heute der Vorbereitungs-Tross etwa zehn Kilometer vor dem Zielort durch die Polizei aufgehalten und durchsucht worden. Die Demonstrierenden protestieren auf das Schärfste gegen die Beschneidung des Versammlungsrechts. Besondere Empörung löst die offenkundig an den Haaren herbeigezogene Begründung für den Eingriff in die Persönlichkeitsrechte aus.

Was war passiert? Heute morgen war ein Konvoi mit 15 Fahrzeugen, darunter LKWs und Zugmaschinen mit Zirkus- und Bauwagen, im Wendland aufgebrochen, um für die Dauerdemonstration von Gipfelgegnerinnen die Ausstattung auf ein gepachtetes Gelände in der Kühlung zu bringen. Auf der B 105 nahe der

Ortschaft Teschow brachte eine Einheit niedersächsischer Polizei die Demonstrationsgruppe zum Stehen und kündigte an, von allen Mitfahrenden die Personalien festzustellen und alle Fahrzeuge zu durchsuchen.

Zunächst versuchten die Hannoveraner Beamten, ohne jegliche Begründung ihre Maßnahmen durchzuführen; erst auf beharrliche Nachfragen hin nannten sie als Rechtsgrundlage, auf einem der Anhänger würden offen sichtbar Fahrräder mitgeführt. Es bestehe der Verdacht, dass diese gestohlen sein könnten. Als Anwalt der Demonstration sagt Sönke Hilbrans, Berlin: "Einem Tatverdacht des Fahrraddiebstahls mit Straßensperren nachzugehen ist alles andere als eine angemessene polizeiliche Maßnahme. In der Sache sind die Personen einer rechtswidrigen Schikane ausgesetzt." Die Durchsuchten wehren sich gegen die Eingriffe in die persönliche Integrität, die die Erfassung und Speicherung per-

sonenbezogener Daten darstellt; darüber hinaus sind einige Wagen Wohnorte, die ohne richterlichen Beschluss durchsucht wurden.

Clara Wichmann-Kemper, die Sprecherin der Vorbereitungsgruppe für die Dauerdemonstration, hebt die politische Dimension dieses Vorfalles heraus: „Pauschal werden hier Demonstrierende behandelt wie Kriminelle. Auch der offenkundig konstruierte - Tatverdacht kann dies nicht kaschieren. Das Recht, sich zu versammeln, zählt zu den unveräußerlichen Freiheiten, die das Grundgesetz garantiert. Dazu gehört selbstverständlich auch die Möglichkeit, dass alle unangekündigten dort hin kommen können, wo sie sich versammeln.“

Nach Gesprächen mit der Kavala nennt Rechtsanwalt Hilbrans das Vorgehen der Polizei „einen Rückfall in die versammlungsrechtliche Steinzeit.“

RAV

# Das Problem Weltraummüll

**MOSKAU, 18. Juni (Juri Saizew - für RIA Novosti). Der Start des ersten Sputniks öffnete nicht nur das Tor zum Universum für den Menschen. Er öffnete auch einen kolossalen Müllschlucker, dank dem sich der Weltraum rund um die Erde lawinenartig in eine gigantische Deponie für den Abfall der Raketen- und Raumfahrt verwandelt.**

Die letzten Stufen von Trägerraketen, Marschtriebwerke, Raketen spitzen, kaputte und abgearbeitete Satelliten verbleiben in einer Höhe von 200 Kilometern und mehr. Dazu kommen die Überreste von explodierten Weltraumapparaten, Alltagsmüll von den bemannten Raumschiffen und Langzeit-Raumstationen sowie Kleinkram wie Schrauben, Scheiben und sogar Werkzeug, das die Raumfahrer bei Arbeiten im offenen All verlieren.

Somit haben sich im erdnahen Raum circa 26 000 große künstliche Objekte und drei- bis fünfmal so viele kleine Elemente (Montagekonstruktionen, abgeworfene Schutzdeckel usw.) versammelt. Sie prallen aufeinander, und jeder Zusammenstoß vermehrt die Gesamtzahl der Fragmente vielfach.

Gegenwärtig haben nur zwei Länder, Russland und die USA, die Möglichkeit, die Weltraumverschmutzung durch den Menschen mit Hilfe ihrer nationalen Radare und optischen Mittel zu kontrollieren. Circa 10 000 Objekte, mindestens 10 bis 30 cm groß in niedrigen Umlaufbahnen und circa einen Meter groß in geostationären Umlaufbahnen, sind offiziell katalogisiert, das heißt, sie werden regelmäßig beobachtet, in besondere Kataloge eingetragen und sind mit ihren Herkunftsquellen identifiziert.

Insgesamt wurden knapp 14 000 Objekte mit einem Durchmesser von mehr als 10 cm entdeckt und werden regelmäßig beobachtet. Ungefähr 950 davon sind Raumapparate verschiedener Länder im Einsatz. Die Zahl der Objekte, die weniger als 10 cm groß sind, hat 200 000 bis 250 000 erreicht, die Zahl der Objekte mit einem Durchmesser von 1 bis 10 mm beträgt knapp 70 bis 80 Millionen, und die Zahl der Objekte, die eine Mikron oder weniger messen, beläuft sich auf 1013 bis 1014. Doch das sind nur statistische Schätzungen, weil solche Teilchen weder von Teleskopen noch von Radaren bemerkt werden und dementsprechend in keine Kataloge aufgenommen werden können.

Ein Fragment Weltraummüll mit nur einem halben Millimeter Durchmesser, das zehn bis zwanzigmal so schnell wie eine Kugel fliegt, kann den Schutzzug eines Raumfahrers leicht durchbrechen. Ein Zusammenstoß mit einem mehr als 1 cm großen Partikel kann einen arbeitenden Satelliten außer Betrieb setzen. Zusammenstöße mit großen künstlichen Weltraumobjekten sind kaum wahrscheinlich, obwohl es bereits auch solche gegeben hat. Zum Beispiel traf ein Fragment der letzten Stufe der französischen Rakete Ariane auf den französischen Satelliten Ceres und fügte diesem Schaden zu: Es brach die Stange des Gravitationsstabilisierungssystems durch. Im Januar 2005 stießen die letzten Stufen von zwei Trägerraketen, die von China und den USA in

verschiedenen Jahren gestartet wurden, zusammen. In den 15 Jahren, in denen die sowjetische Raumstation Mir in Betrieb war, kamen ziemlich große künstliche Raumkörper bis auf einen Kilometer an die Station heran.

Im Juni 1999 hatte die damals noch unbewohnte Internationale Raumstation ISS alle Chancen, mit einem Überrest eines Marschtriebwerkes einer Trägerrakete zusammenzustoßen. 2001 musste die ISS ein besonderes Manöver ausführen, um einem sieben Kilogramm schweren Metalluntersetzer auszuweichen, den Raumfahrer bei Arbeiten im offenen All verloren hatten.

Die Ansammlung von künstlichen Objekten auf Erdumlaufbahnen ruft auch wegen der Strahlung im erdnahen All ernsthafte Besorgnis hervor. In den letzten Jahren wurden 33 sowjetische Raumapparate mit nuklearen Energieanlagen an Bord gestartet. Nach Abschluss des Flugprogramms wurden die nuklearen Kraftanlagen von den Satelliten abgestoßen und auf eine so genannte Lagerungsumlaufbahn (700 bis 1000 Kilometer Höhe) überführt. Hier wurden die aktiven Zonen, also die Brennelementbündel, abgestoßen.



Gegenwärtig befinden sich 44 russische Strahlungsobjekte auf einer Lagerungsumlaufbahn. Das sind zwei Satelliten, von denen die nuklearen Kraftanlagen nicht abgetrennt wurden (Kosmos-1818 und Kosmos-1867), Brennelementbündel und 12 abgeschaltete Reaktoren mit Flüssigmetallträgern, 15 Brennelementbündel mit nuklearem Brennstoff und 15 nukleare Kraftanlagen ohne Kraftstoff, doch mit Kühlmittel im Sekundärkreis. Sie sollen mindestens 300 bis 400 Jahre passiv auf der Lagerungsumlaufbahn verbleiben. Diese Zeit wird für den Zerfall der Spaltprodukte des Uran-235 bis auf ein sicheres Niveau reichen.

Auch die USA haben ihren Beitrag zur radioaktiven Verschmutzung des erdnahen Weltraums geleistet. Im April 1964 konnte der Navigationsatellit Transit-SB mit einem Radioisotopen-Generator an Bord seine Umlaufbahn nicht erreichen und fiel auseinander. Als er in der Atmosphäre verbrannte, streute er etwa ein Kilogramm Plutonium-238 über dem Westteil des Indischen Ozeans nördlich von Madagaskar aus. Das führte zu einer fünfzehnfachen Erhöhung des natürlichen radioaktiven Hintergrunds auf dem ganzen Planeten. Einige Jahre später stürzte der Wettersatellit Nimbus-B mit einem Uran-235-Reaktor in den Indischen Ozean. Gegenwärtig befinden sich sieben amerikanische Strahlungsobjekte im erdnahen Welt-

raum in Höhen von 800 bis 1100 Kilometern und zwei weitere auf nebegeostationären Umlaufbahnen.

Die potentielle Gefahr der russischen und amerikanischen nuklearen Satelliten besteht darin, dass weite Gebiete des erdnahen Raums verstrahlt werden können, wenn sie durch einen Zusammenstoß mit Weltraummüll zerstört werden. Außerdem werden vereinzelte Bruchstücke, die nach einem Zusammenstoß und der Zerstörung langsamer als die erste Weltraumgeschwindigkeit fliegen, von der Umlaufbahn abgleiten und im Endeffekt einzelne Abschnitte der Erdoberfläche verschmutzen. In besonders negativen Fällen ist eine beträchtliche Verstrahlung der Atmosphäre möglich.

Da die Gefahr besteht, müssen Vorbeugungsmaßnahmen oder, wenn diese unmöglich sind, muss die Beseitigung der Folgen im Voraus überlegt werden. Erstens muss die Zahl der Weltraumapparate durch die Verlängerung ihrer Betriebszeit und die Verwendung von Mehrzwecksatelliten reduziert werden. Nach Ende der Betriebszeit müssen sie mit Hilfe von Reservekraftstoff in die dichten Schichten der Atmosphäre überführt werden, wo sie verbrennen, oder auf weniger "dichtbesiedelte" Umlaufbahnen. Die zweite Variante ist besser. Die "Satellitenfriedhöfe" sollen voraussichtlich 200 bis 300 Kilometer höher liegen als die Zone der geostationären Erdumlaufbahnen.

Mit der unmittelbaren Räumung des bereits angestauten Mülls im erdnahen Raum sieht es in der nächsten Zukunft problematisch aus. Unter anderem sollen Laser dafür eingesetzt werden. Doch sogar die völlige Zerstreuung eines kleinen Objektes wird einen beträchtlichen Energieverbrauch fordern. Außerdem werden einige Materialien bei Laserbestrahlung nur auseinanderfallen und die Gesamtzahl der Fragmente vergrößern.

Außerdem sieht diese Methode wegen der starken Wärmeemission in die Umwelt ziemlich gefährlich aus. Dabei kann nicht nur das Wärmegleichgewicht zerstört, sondern auch die chemische Zusammensetzung verändert werden.

Leider gibt es keine effizienten praktischen Maßnahmen zum Schutz des Weltraums in mehr als 600 Kilometern Höhe, wo der Bremsseffekt der Atmosphäre nicht spürbar ist, vor dem Müll. Dabei birgt die weitere Anstauung von künstlichen Objekten auf erdnahen Umlaufbahnen die Gefahr in sich, dass ihre Anzahl nach Erreichen eines kritischen Niveaus wegen der Zerstörung bei Zusammenstößen lawinenartig ansteigen wird. Das wird die Raumfahrt in einiger Zeit unmöglich machen.

Unser Autor Juri Saizew ist Experte vom Institut für Weltraumforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften. Die Meinung des Verfassers muss nicht mit der von RIA Novosti übereinstimmen. Die Veröffentlichung dieser Meldung von RIA Nowosti erfolgt mit freundlicher Genehmigung durch Dmitri Tultschinski, Leiter des Deutschland-Büros Russische Informationsagentur Nowosti tel. (030) 226 05 681, fax 814, eMail: tulchin@t-online.de

# Sommercamp im Wendland

in Gedelitz vom 28.7. bis 5.8. 2007

## Und wieder mal ist es

### soweit:

Eine Woche Zeit zum Diskutieren, Lernen, Tanzen, Lachen, Gemüseschnibbeln, Spaß haben und genießen, vom 27.7. - 5.8.2007 auf der Wiese in Gedelitz (bei Gorleben). Wenn Du Lust hast auf Selbstbestimmung und Basisdemokratie, politische Aktionen und Selbstorganisation, dann bist Du hier genau richtig!! Das Sommercamp ist auch besonders gut für Kinder geeignet. Bei Bedarf organisieren wir eine gemeinsame Kinderbetreuung.

Für „Unterkunft“ und Verpflegung entstehen pro TeilnehmerIn Kosten von 8 Euro pro Tag. Gezahlt wird nach Selbsteinschätzung, das heißt, wer weniger hat, zahlt weniger, wer mehr hat, sollte mehr geben.

### Bauwoche

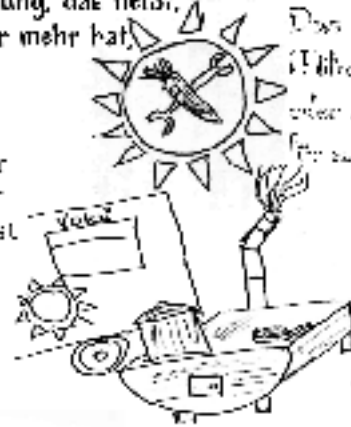
Vor dem Camp gibt es wieder eine Aufbauwoche und zwar vom 21.7. - 27.7.07. Geplant ist u.a. der Aufbau der Küche und des Camps. Auch nach Ende des Camps könnt ihr noch ein paar Tage bleiben, um bei Abbau und Aufräumen zu helfen.

Auf dem Camp wird es verschiedene Arbeitskreise und Aktionen zu allen möglichen Themen geben. Jeder Camp-Teil ist eingeladen, selbst AKs anzubieten. Die Teilnahme an AKs ist natürlich freiwillig und nicht an weitere Kosten gebunden.

[www.wendlandcamp.de](http://www.wendlandcamp.de)

## Was ist das Sommercamp?

Das Sommercamp ist ein freies Treffen für alle, die sich lieber außerhalb der gewöhnlichen Strukturen von Hierarchie und Konventionen bewegen, um sich auszutauschen und einfach zu leben. Organisiert wird es vor allem von Menschen aus der Anti-Atom-Bewegung. Alle auf dem Camp verbundenen Aufgaben werden von den TeilnehmerInnen und HelferInnen selbst übernommen. Entscheidungen werden nach Möglichkeit gemeinschaftlich getroffen. Die Art der Entscheidungsführung legen wir selbst zusammen auf dem Camp fest. Das Sommercamp im Wendland lebt von Mitmachen und ist auch noch nicht ganz so weit möglich. Jedem TeilnehmerIn ist dabei für sich und die Anderen mitverantwortlich.



## Schmerzensgeld für brutalen Polizeiübergriff

Die 2. Zivilkammer des Landgerichts Lüneburg hat einem Landwirt aus Vastorf wegen eines rechtswidrigen Polizeieinsatzes bei einem Castortransport nach Gorleben ein Schmerzensgeld von 3.000 Euro zugesprochen.

Hintergrund: Im November 2004 verrichtete der Landwirt mit seinem Gabelstapler Arbeiten vor seinem einen halben Kilometer von der Castor-Bahntransportstrecke entfernt liegenden Hof. Dort zogen ihn Polizisten brutal von seinem Arbeitsgerät und bedrohten ihn mit einer Pistole. Danach wurde er in Handschellen abge-

führt und in eine Gefangensammelstelle nach Lüneburg verbracht. Begründet wurde der rechtswidrige Übergriff mit der Vermutung, der Landwirt wolle den Castortransport blockieren.

Der Richter am Landgericht Dr. Bernd Gütschow hielt diese Begründung für „nicht nachvollziehbar“ und sprach dem Betroffenen ein Schmerzensgeld zu. Die Annahme der Polizei, der Landwirt habe die Durchfahrt des Castortransportes stören wollen, entbehrte jeglicher Grundlage.

Bei Castortransporten nach Gorleben sind regelmäßig so viele Beamte im Einsatz, wie für

den G8-Gipfel in Heiligendamm angekündigt. Eine lange Kette von gewonnenen Gerichtsverfahren zu rechtswidrigem Polizeiverhalten rund um Gorleben zeigt drastisch, dass die Geschäfte der Atomwirtschaft mit Demokratie und Grundrechten nicht vereinbar sind.

Auch unter diesen Aspekten gehört der untaugliche Atomstandort Gorleben sofort geschlossen, bevor von unbesonnenen Einsatzkräften noch mehr Menschen in Gefahr gebracht werden.

Francis Althoff

**Juni/Juli und später ...**

- 28.6.-1.7.07 Fusion in Kyritz an der Müritz [www.fusion-festival.de](http://www.fusion-festival.de)
- 29.6.-1.7. Schönauer Stromseminar „Kraftvoll handeln“, EWS-Kulturhalle Schönau, [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)
- 7.7. 11 Uhr Koordinierungstreffen Asse II
- 7.7. ab 15 Uhr Irisches Sommerfest in Reddebeitz
- 7.7.15 Uhr Demo am Schacht Konrad
- 14.7. 13 Uhr Standorttreffen, „Bürgerschenke“ (Sportheim) in Wittmar
- 28.7.-5.8. Sommercamp in Gedelitz, [www.wendlandcamp.de](http://www.wendlandcamp.de)
- 26./27.8. Tag der Offenen Tür im Bundesumweltministerium, [www.bmu.de](http://www.bmu.de)
- 1.9.12 Uhr Bundesweite Endlager-Demo ab Gedelitz
- ab 15 Uhr „Staffelstab“ das Generationenfest an den Atomanlagen Gorleben
- 22.9. Internationales Vernetzungstreffen Urantransporte in Gronau
- 13.10. Groß-Demo gegen Schacht Konrad
- 6.-9.11. Internationale Konferenz zur Endlagerung Stadthalle Braunschweig, [www.bfs.de](http://www.bfs.de)
- 19.-21.11. Internationale Konferenz „Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien“ in Bonn, [www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)

**Wiederkehrende monatliche Termine**

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



**Film zum zehnten Castortransport**

Zum zehnten Castortransport nach Gorleben im November 2006 ist nun über die BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg ein Film erhältlich. Sein Tenor: Nach insgesamt 30 Jahren Widerstand sind die Menschen im Wendland noch längst nicht müde, sich gegen den atomaren Wahn aufzulehnen. In zahlreichen Interviews, Aktionsbildern und Momentaufnahmen hinterlässt der 43minütige Film einen vielfältigen Eindruck des unbeugsamen Widerstands gegen die Atomanlagen in Gorleben. Der Film handelt von den Menschen, die sich auf Schiene oder Strasse setzen und beleuchtet, woher sie den Mut und die Motivation dafür nehmen. Aber auch ihre Ängste und ihre Ohnmacht, immer wieder Widerstand zu leisten angesichts einer Armada von 16.000 Polizisten und der alljährlichen Militarisierung einer ganzen Region werden thematisiert. Produziert wurde die DVD vom Medienkollektiv „Cine Rebelde“ der Umwelt- und Projektwerkstatt Freiburg.

*Francis Althoff*

**Ich abonniere die Gorleben Rundschau**

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 1  
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

**Impressum**

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff  
**Bildmaterial:** I+W Lowin, T. Voigt randbild, Umbruch Bildarchiv, M. Golletz, D. Metk  
**Mitarbeit:** W. Wittstamm, RAV, R. Paul, Inge, SOFA Münster, Francis Althoff, Juri Saizew - für RIA Novosti  
**Auflage:** 3000

**BI Büro:** Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow  
 Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,  
[bi-luechow@t-online.de](mailto:bi-luechow@t-online.de), [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)  
**Öffnungszeiten:**  
 Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr